

Dr. rer. nat. R. A. Dietrich • Neues Land 26 • 21522 Hohnstorf/Elbe

Herrn  
Bundesminister Sigmar Gabriel  
Bundeswirtschaftsministerium

11019 Berlin

**Am 20.07.2014 gleichzeitig an:**

Frau Bundeskanzlerin Dr. rer. nat. Angela Merkel  
Herrn Nds. Ministerpräsidenten Stephan Weil  
Herrn Nds. Umweltminister Stefan Wenzel  
E.ON AG Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Johannes Teysen  
E.ON Energie-Deutschland GmbH, Herrn Rolf Fouchier  
Herrn Eckhard Pöls, MdB  
Herrn Landrat Manfred Nahrstedt, Landkreis Lüneburg

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht

Mein Zeichen  
Dr. R. A. D.

Telefon  
04139 – 6 96 91 49

E-Mail  
Rudolf-Adolf.Dietrich@t-online.de

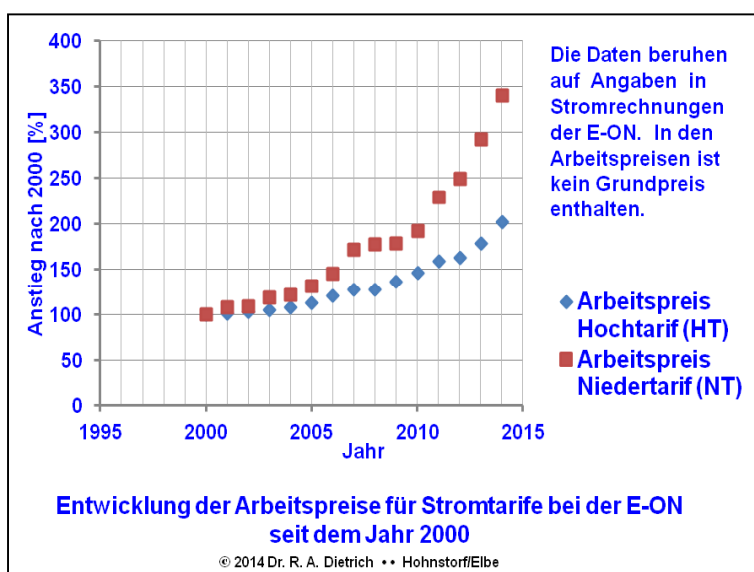
Datum  
20.07.2014

## EEG und Energiewende

Sehr geehrter Herr Bundesminister Gabriel,

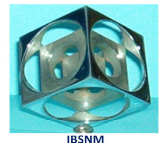
nach Berichten in der regionalen Presse (Lüneburger Landeszeitung) über die Energiewende wird von politischen Kräften verstärkt das Ziel verfolgt, den Landkreis Lüneburg zu einer „100-Prozent-Erneuerbare-Energie-Region“ (100ee-Region) umzubauen. Durch die Ankündigung der Verleihung einer Urkunde wird die Öffentlichkeit hierauf eingestimmt. Bemerkenswert ist, dass in diesem Artikel zwar das Ziel, 100 % sogenannte Erneuerbare Energien, dargelegt wird, aber bedauerlicherweise stehen die dafür aufzubringenden bzw. daraus resultierenden Kosten nicht im Mittelpunkt der Betrachtung.

Da die Einspeisung von sogenannten Erneuerbaren Energien in das Netz sich auch auf die Kostenstruktur der Region auswirkt, ist es daher dringend geboten, die Entwicklung des Arbeitspreises für Strom im Landkreis Lüneburg näher zu betrachten. Hierzu sei auf die Kostenentwicklung bei der E.ON, die für diese Region weitestgehend für die Strombereitstellung repräsentativ ist, hingewiesen.



Um diese Kostenentwicklung zu verdeutlichen, ist in der Grafik die Entwicklung der Arbeitspreise für Stromtarife bei der E.ON seit dem Jahr 2000 dargestellt. Für das Jahr 2000 wurden die Arbeitspreise für den Hochtarif (HT) und den Niedertarif (NT) jeweils als Bezugswerte gewählt, sodass für das Jahr 2000 beide Werte, obwohl die absoluten Werte in EURO/kWh unterschiedlich sind, jeweils 100 Prozent sind. Ausgehend von diesem einheitlichen Wert von 100 Prozent ist die Entwicklung der Netto-Arbeitspreise für den Niedertarif (NT) und den Hochtarif (HT) dargestellt.

Die Grafik verdeutlicht, wie rasant die



Kosten für elektrische Energie während der letzten Jahre im Landkreis Lüneburg angestiegen sind. Haben Verbraucher im Jahr 2000

- für eine Strommenge nach dem Niedertarif (NT) noch 100 Euro bezahlen müssen, so müssen sie im Jahr 2014 für die gleiche NT-Strommenge 341 Euro bezahlen, und

haben sie

- für eine Strommenge nach dem Hochtarif (HT) noch 100 Euro bezahlen müssen, so müssen sie im Jahr 2014 für die gleiche HT-Strommenge 204 Euro bezahlen.

D. h., seit dem Jahr 2000 sind die Netto-Kosten für elektrische Energie nach dem Hochtarif (HT) um das 2,04-Fache und nach dem Niedertarif (NT) sogar um das 3,41-Fache gestiegen.

Diese Steigerungen wirken sich auch auf die zu zahlenden Mehrwertsteuern aus. Von 2000 bis 2005 lag der Steuersatz noch bei 16 % und ab 2006 liegt er bei 19 %. Somit ergibt sich eine Steigerung der Stromkosten einschließlich der MwSt.

- für eine Strommenge nach dem Niedertarif (NT) von 116 Euro im Jahr 2000 auf 404,60 Euro im Jahr 2014 und
- für eine Strommenge nach dem Hochtarif (HT) von 116 Euro im Jahr 2000 auf 242,76 Euro im Jahr 2014.

Desto höher und schneller die Netto-Stromtarife steigen, desto mehr schröpft der Staat seine Bevölkerung. Die Bundesregierung scheint daher überhaupt kein Interesse daran zu haben, dem zügellosen Ausbau dieser völlig unwirtschaftlichen dezentralen Stromerzeugung Einhalt zu gebieten. Die Frage ist nur, wie lange dies noch gut geht, und welche Politikergeneration diese Scharte, die Zerschlagung einer sicheren und preiswerten Stromversorgung, wieder ausmerzen muss.

Eine nachhaltige wirkende Vorreiterrolle zum Wohle der Verbraucher sieht jedenfalls so nicht aus.

Welche Arbeitnehmerin / welcher Arbeitnehmer, welche Rentnerin / welcher Rentner oder welche Hartz-IV-Empfängerin / welcher Hartz-IV-Empfänger haben während dieser Zeit eine Einkommenssteigerung um einen Faktor von 2,04 bis 3,41 gehabt? Um diese Steigerung zu erreichen, hätten die Einkommen jedes Jahr um 5,22 % bis 9,16 % erhöht werden müssen. Wer von den Betroffenen hat eine derartige, konstante Einkommenssteigerung erfahren?

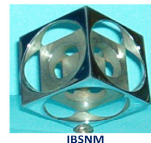
Anlagen für sogenannte Erneuerbare Energien werden zuseit nicht geplant und gebaut, um für die Volkswirtschaft kostengünstigen Strom bereitzustellen, sondern weil durch das EEG, durch die damit verbundene privilegierte Einspeisung und durch die Einspeisevergütung den Investoren über 20 Jahre hohe Profite zugesichert werden, für die die Stromverbraucher aufkommen müssen. Hinzu kommen die vielen Zugeständnisse, die von den Naturschutzverbänden, z. B. bei Windkraftanlagen, bezüglich des Landschafts- und Vogelschutzes zum Vorteil der Investoren gemacht werden.

Die Bevölkerung wird durch den zügellosen Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energien systematisch zum Wohle der Investoren ausgebeutet. Sie werden zu ungewollten Einschränkungen bei ihrer Lebensgestaltung zum Wohle der Investoren gezwungen.

Elektrische Energie ist nicht nur die treibende, sondern auch die tragende Kraft einer sozial geprägten Volkswirtschaft. Hohe Energiekosten durch unwirtschaftliche Anlagen führen zwangsläufig zu hohen Produktionskosten, zu hohen Lebenshaltungskosten und zuletzt zu einem wirtschaftlichen Niedergang. Ohne preiswerte Energie kann keine sozial gerechte Volkswirtschaft gedeihen.

Der Staat hat den Investoren einen Kaperbrief ausgestellt, mit dem sie der Bevölkerung für ein völlig überteuertes Produkt (kWh) das Geld aus der Tasche ziehen können. Jedes überteuerte Produkt schadet aber nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch der Umwelt, da mehr Ressourcen (Energie, Rohstoffe, Personaleinsatz) benötigt werden als bei einem wirtschaftlicheren Produkt. Die Stromgestehungskosten, die jeden Aufwand einschließen, müssen wieder das Maß zur Bewertung einer Energiebereitstellung werden.

Die beiden punktierten Linien in der Grafik offenbaren zusätzlich einen äußerst bedenklichen Zusammenhang. Beide punktierten Linien haben einen ausgeprägten progressiven Verlauf. Es



scheint nach oben alles offen zu sein. Sollte der Anteil an den sogenannten Erneuerbaren Energien weiterhin mit so blindem Eifer im Landkreis Lüneburg ausgebaut werden, so werden die Menschen um einen immer größer werdenden Anteil ihres Einkommens bzw. ihrer Rente beraubt.

Diese rapide Kostensteigerung wird auch nicht durch die von der Politik so viel gepriesene Energieeffizienz aufgefangen werden können. Das Gegenteil wird der Fall sein. Um dies zu verdeutlichen, möchte ich auf mein Schreiben vom 19.10.2012 an den damals zuständigen Bundesumweltminister Peter Altmaier hinweisen. In diesem Schreiben habe ich erläutert, mit welchen Folgen zu rechnen ist, wenn **Stromeinsparpotenziale** ohne Berücksichtigung der energetischen Zusammenhänge „einfach so“ in den Mittelpunkt politischer Entscheidungen gestellt werden. Dieses Schreiben steht unter <http://www.rudolf-adolf-dietrich.de/IN010/S-12.pdf> in meiner Homepage.

Der weitere ungezügelter Ausbau der sogenannten Erneuerbaren Energie wird, bedingt durch den Entzug der Kaufkraft, zwangsläufig negative Auswirkungen auch auf andere Wirtschaftszweige im Landkreis Lüneburg haben. Von diesen negativen Auswirkungen sind nur die Investoren der sogenannten Erneuerbaren Energien ausgenommen. Für eine ausgewogene, sozial orientierte Volkswirtschaft darf und kann es nicht das Ziel der Politik sein, in erster Linie für das Wohlergehen der Investoren zu sorgen.

Die Politik sollte endlich wieder getreu ihres Eides „zum Wohle des Volkes“ handeln.

Die Politik spricht immer von Planungssicherheit für die Investoren. Wie steht es aber mit der Planungssicherheit von Kraftwerksbetreibern, Kleinbetrieben oder von privaten Haushalten? Eine sozial und auf Stabilität ausgerichtete Politik sollte sich besonders diesen Gruppen verpflichtet fühlen.

Die Umverteilung von unten nach oben muss ein Ende haben. Dazu muss das komplette EEG ohne Besitzstandswahrung abgeschafft werden. Kraftwerksbetreiber, Kleinbetriebe und private Haushalte haben auch keine Besitzstandswahrung. Die privaten Haushalte haben bedauerlicherweise überhaupt keine Lobby. Deren Lobbyisten sollten eigentlich die von ihnen gewählten Politiker mit christlichen und sozialen Wurzeln sein.

Die Energiewirtschaft, deren Gestaltung und Steuerung der Staat mit dem EEG an sich gerissen hat, muss wieder den Verbrauchern dienen. Hierzu muss wieder eine faire Basis zwischen den verschiedenen Systemen/Technologien zur Bereitstellung elektrischer Energie geschaffen werden. Zurzeit dient das EEG nur den Investoren, um Rendite zu erreichen, die am Kapitalmarkt ohne Risiko nicht zu erzielen wären. Die Investoren des EEGs müssen zum Mittragen der Gesamtverantwortung für das energiewirtschaftliche Dreieck „*Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit*“ der Energieversorgung herangezogen werden. Bisher handeln sie nur nach der Devise: „Kein Risiko, aber hohe Gewinne“. Das Risiko wird für 20 Jahre den Verbrauchern aufgebürdet.

Weitere Informationen stehen unter: <http://www.Rudolf-Adolf-Dietrich.de/LINKS/EEG.pdf>

Dieses Schreiben werde ich unter <http://www.Rudolf-Adolf-Dietrich.de/IN010/S-19.pdf> in meine Homepage stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. rer. nat. R. A. Dietrich